

# Hohenstein-Ernstthal-Verzeiger

gleich  
**Oberlungwitzer Tageblatt**  
und  
**Gersdorfer Tageblatt**

**Bezugspreis** monatlich 80.— M. durch Boten frei ins Haus geliefert, bei Abholung in den Geschäftsstellen 75.— M. Wochenlarten 18.— M. Bei Postbezug vierteljährlich 240.— M. einjährig 840.— M. Einzelne Nummer 3.— M. Ausgabe wochentags nachmittags. Falls durch höhere Gewalt, Betriebsstörung, Streik, Sperrung, Auslieferung der Anzeigen verspätet oder nicht erscheint, ist der Verlag nicht zum Ersatz verpflichtet. — Postfachkonto Leipzig 49214. Geschäftsstelle: Hohenstein-Ernstthal, Bahnhofstr. 2.

**Anzeigenpreis** die gespaltene Korpuszeile 6.— M., Restzeile 12.— M.; bei Wiederholungen tarifräßiger Nachlaß. — Anzeigenverteilung und Berechtigung von schriftlichen Anzeigen 4.— M. — Anzeigenannahme durch Fernsprecher schließt jeden Erfordernis aus. — Bei zwangsweiser Eingebung der Anzeigengebühren durch Klage oder im Konkursfall gelangt der volle Betrag unter Wegfall der bei sofortiger Bezahlung bewilligten Abzüge in Anrechnung. — Fernsprecher Nr. 151. —

**Anzeiger** für Hohenstein-Ernstthal, Oberlungwitz, Gersdorf, Langenberg, Meinsdorf, Falken, Langenchursdorf, Reichenbach, Hermsdorf, Bernsdorf, Rüdorf, Erlbach, Kirchberg, Ursprung, Wüstenbrand, Mittelbach usw.

Nr. 224

Montag, den 25. September 1922

49. Jahrgang

## Oberlungwitz

Die Wählerlisten zu den am 15. Oktober 1922 stattfindenden **Elternratswahlen** für beide Schulbezirke liegen vom 26. September bis mit 2. Oktober zu den üblichen Geschäftsstunden im hiesigen Rathaus — Zimmer Nr. 8 — zu jedermanns Einsichtnahme aus. Am Sonntag, den 1. Oktober, können die Listen von vormittags 9 Uhr bis mittags 12 Uhr eingesehen werden.

Im Laufe der ersten Tage dieser Woche werden den Vermietern (Grundstückbesitzern) durch die Gemeindebehörde auf Grund von § 18 des Reichsmietengesetzes vom 24. März 1922 in Verbindung mit § 19 der Ausführungsverordnung hierzu vom 24. Juni 1922 Mietverzeichnisse zu gestellt. Diese Verzeichnisse sind von den Vermietern bis auf die letzte Spalte, welche von der Gemeindebehörde ausgefüllt wird, ordnungs- und wahrheitsgemäß auszufüllen und bis spätestens zum 3. Oktober im hiesigen Rathaus Zimmer Nr. 8 abzugeben. Die Verzeichnisse sind vom Vermieter sowie von der Mietervertretung zu unterzeichnen; wo keine Mietervertretung besteht, hat der am längsten im Hause wohnende Haushaltungsvorstand die Gegenzzeichnung zu leisten.

Oberlungwitz, den 25. September 1922.

Der Gemeindevorstand.

## Die Pariser Beschlüsse und die Türkei.

Paris, 24. Sept. Wie Havas mitteilt, lautet der Text der Einladung an die Regierung von Ankara, über den sich Curzon, Erzoga und Poincaré geeinigt haben, folgenden demnach:

Die drei alliierten Regierungen bitten die Regierung von Ankara, sie gefälligst wissen zu lassen, ob sie geneigt wäre, unverzüglich einen bevollmächtigten

**Vertreter zu einer Zusammenkunft** zu entsenden, die in Venedig oder anderswo stattfinden wird und zu der mit Vertretern der Türkei gleichzeitig die Bevollmächtigten Großbritanniens, Frankreichs, Italiens, Japans, Rumaniens, Südtirols und Griechenlands eingeladen werden würden. Die Zusammenkunft wird stattfinden, sobald die notwendigen Anordnungen durch die interessierten Regierungen getroffen sein würden. Die Versammlung hätte das Ziel über einen

### endgültigen Friedensvertrag

zwischen der Türkei, Griechenland und den alliierten Mächten zu verhandeln und ihn abzuschließen. Die alliierten Regierungen erachten die Gelegenheit, um zu erklären, daß sie dem Wunsche der Türkei, Thrakien bis zur Parika und Adrianopel wieder zu erhalten, günstig gegenüberstehen. Unter der Bedingung, daß die Regierung von Ankara während der Friedensverhandlung nicht ihre Armee in die Gebiete sendet, deren vorläufige Neutralität die alliierten Regierungen proklamiert haben, werden die drei Regierungen auf der Konferenz gern die Zuteilung dieser Gebiete an die Türkei unterstützen, wobei übrigens vorausgesetzt wird, daß gemeinschaftlich in dem Vertrage Maßnahmen ergriffen werden zur Wahrung der Interessen der Türkei und ihrer Nachbarn, zur Entmilitarisierung noch zu bestimmender Zonen im Interesse der Aufrechterhaltung des Friedens, um eine friedliche und rechtmäßige Wiederherstellung der Autorität durchzuführen und um schließlich unter den Aufsicht des Völkerbundes in wirksamer Weise die Freiheit der Dardanellen, des Marmarameeres und des Bosporus, sowie den Schutz der Rassen und religiösen Minderheiten sicherzustellen. Die drei Regierungen werden übrigens gern die Zulassung der Türkei zum Völkerbund unterstützen. Sie sind sich einig darüber, die schon im März dieses Jahres gegebene Zusicherung zu erneuern, daß die alliierten

**Truppen aus Konstantinopel zurückgezogen** werden, sobald der Friedensvertrag in Kraft tritt. Die drei alliierten Regierungen werden ihren Einfluss aufwenden, um vor der Eröffnung der Friedenskonferenz den Rückzug der griechischen Streitkräfte auf eine Linie durchzuführen, die durch alliierte Generale im Einverständnis mit den griechischen und türkischen Militärbehörden festgesetzt werden wird. Als Bedingung für diese Intervention wird die Regierung von Ankara sich verpflichten, weder vor, noch während der Friedenskonferenz Truppen in die Zonen zu senden, die vorläufig für neutral erklärt worden sind und weder die Dardanellen, noch das Marmarameer zu überkreuzen. Um die Linie, von der oben die Rede ist, zu bestimmen, könnte sofort eine Zusammenkunft zwischen Mustafa Kemal Pascha und den alliierten Generalen in Mudania oder Ismit stattfinden.

Dieses Angebot der Alliierten an die Türkei unterscheidet sich wesentlich von ähnlichen Notizen der Entente an Deutschland: Der zurückhaltende, fast kitzende Charakter des ganzen Schriftstücks, die bedeutenden Zugeständnisse auf Kosten Griechenlands — des bisherigen Schutzherrn Englands — und vor allem, der Rückzug Englands! Die Türkei kommt mit dem bisherigen Erfolge des Waffenganges wohl zufrieden sein. — Frankreich hat den Spezialisten für Orientfragen, François Bourillon, nach Ankara entsandt, um mit Kemal zu unterhandeln. Inzwischen scheinen die Erklärungen doch noch schneller zu sein als die Alliierten. Drastisch wird uns gemeldet:

### Türkische Kavallerie in der neutralen Zone.

In Paris, 25. Sept. Aus Konstantinopel hat die Nachricht vor, daß türkische Kavallerie am Sonntag bei Conak in die neutrale Zone einrückte, und daß noch am Abend zwischen dem englischen General und den Türken Verhandlungen stattgefunden hätten.

### Proklamation an das türkische Volk.

In Smirna, 25. Sept. Kemal Pascha hat folgende Proklamation an das türkische Volk gerichtet: „Edle türkische Nation, wir sind frei! Unser Sieg ist einzig und allein dein Werk. Bisher hat der Feind mehr als 100 000 Mann an Toten und Gefangenen verloren. Hohe und edle türkische Nation, deine siegreichen Heere arrißen dich vom Strande des Mittelmeeres.“

### Befriedigung in Italien.

In Mailand, 25. Sept. Die in den Pariser Verhandlungen erzielte Einigung unter den Alliierten über das Orientproblem wird in ganz Italien mit Befriedigung aufgenommen.

### Gesteigte Aufnahme in der Schweiz.

In Basel, 25. Sept. Ueber die Aufnahme der Pariser Orientverhandlungen in Genf schreibt der Genfer Sonderberichterstatter „Baseler Nachrichten“ u. a.: Man weiß hier nicht recht, ob man sich über den Pariser Orientbeschluss mehr freuen soll, weil er die Unentbehrlichkeit des Völkerbundes predigt, oder ob man sich ärgern soll, weil er den Völkerbund unbetroffen in ein schwieriges Problem verwickelt. Die Ententemächte wollen den vollständigen Orientfrieden ohne die Heraushebung des Völkerbundes machen, wollen diesmal aber die Verantwortung für die internationalen Ergebnisse dieses Friedens, für die Sicherheit der Freiheit der Meeresengen und den Schutz der christlichen Minderheiten ihm aufladen. Das sind höchst ehrenvolle, aber fast unlösbar schwierige Aufgaben.

### Eine Rede Stresemanns.

In Breslau, 25. Sept. Bei der Lesung des Zentralvorstandes der Deutschen Volkspartei sprach gestern der Abg. Stresemann längere Ausführungen über die politische Lage. Zunächst wandte er sich der auswärtigen Politik zu, wobei er

### die Erfüllungspolitik ablehnte.

Den Vertrag, den Stinnes mit Luberac abgeschlossen habe, beäuferte er als einen Schritt auf dem Wege zu einer Annäherung mit Frankreich, und betonte dabei, daß Stinnes erklärt habe, daß er als Person aus dem Abkommen keinen Pfennig Gewinn ziehen wolle

und daß der Gewinn an die Bedürftigsten verteilt werden solle. Im übrigen warnte er davor, daß ein Vertreter deutscher Industrie-gesellschaften einlese, um ein Abkommen dem andern folgen zu lassen, ohne daß uns dabei ähnliche politische Auswirkungen gesichert sind, wie bei dem Stinnes-Luberac-Abkommen. Zur Frage der inneren Politik bedauerte er den Mord an Rathenau, der das Volk nur auseinandergerissen habe. In diesen schweren Tagen sei der

**Gedanke der Arbeitsgemeinschaft der Mitte** geboren worden. Nachdem Stresemann das Schutzesetz, die bayerische Frage und die Gestaltung der parteipolitischen Verhältnisse besprochen hatte, wandte er sich der wirtschaftlichen Lage Deutschlands zu und gestellte das Verfahren der Devisenspekulationen, die durch ihre **Spekulationen des Steigen des Dollars** verursachen

und die Währung im eigenen Lande schwer schädigen. Er verwarf auch das Vorgehen der Reichsbank, welche die Goldhamsterer für ihr vaterlandsfeindliches Verhalten mit hohen Prämien belohne. Der Ausblick auf die Zukunft sei wenig erfreulich. Ob wir in der Außenpolitik in der nächsten Zeit eine Pause haben werden, läßt sich zur Stunde noch gar nicht garantieren. Wir sehen im Innern die Zeichen des drohenden Verfalles und wir müssen uns davor durch größere Leistungsfähigkeit und durch

### größere Produktivität

retten. Den Notwendigkeiten der unmittel-

baren Gegenwart müssen wir große Beachtung schenken, und wir müssen uns dabei leiten lassen von dem Gedanken der Volksgemeinschaft. Deshalb bekamen wir uns auch zu dem Grundsätze der Arbeitsgemeinschaft der Mitte, die nicht eine Kampfanlage ist, sondern die Zusammenfassung der Kräfte. Das ist die einzige Politik, die wir treiben müssen, wenn anders das Volk nicht leiden soll. Der Rede folgte minutenlang stürmischer Beifall.

## Reparationswahnhaft.

Wiesbaden, 24. Sept. Aus einer Uebersicht der Zahlungen, die bisher von Deutschland für den Unterhalt der Wiesbadener Ententestellen geleistet werden mußten, ergibt sich, daß im Rechnungsjahre 1919: 7 366 806 M., im Rechnungsjahre 1920: 33 073 437 M., im Rechnungsjahre 1921: 256 526 246 M. geleistet werden mußten. Im ersten Halbjahre des Jahres 1922 schwoll diese Summe auf 377 272 452 M. an. Bei der katastrophalen Markentwertung der letzten Zeit ist anzunehmen, daß für den Unterhalt und für das Gekalt der in den Wiesbadener Stellen bediensteten im Jahre 1922 mit einem Kostenaufwand von mehr als einer Milliarde Mark gerechnet werden muß. Eine Herabsetzung dieser gewaltigen Summe kann leider nicht erhofft werden. Alle noch dieser Richtung hin unternommenen Verluste sind bisher ohne Erfolg geblieben.

## Die Vereinigte Sozialistische Partei Deutschlands.

### Die U. S. P. stimmt zu.

Berlin, 23. Sept. Der U.S.P.-Parteitag ist am Sonntag mit dem Beschluß, der Verschmelzung zuzustimmen, zu Ende gegangen. Der Antrag Ledebour ist gegen 7 Stimmen abgelehnt worden, und der Antrag Crispian auf Verschmelzung wurde gegen 9 Stimmen angenommen. Dittmann hatte seine Resolution zurückgezogen und sich damit begnügt, daß sie als Erklärung derer, die sie unterzeichnet haben, zu Protokoll genommen wird.

Der Parteitag brachte noch eine Uebersetzung, als Dittmann mitteilte, daß Rosenfeld sich von Ledebour trennen und die Verschmelzung mitmachen wolle. Rosenfeld erklärte später hierzu, daß ihn die Ausführungen Crispians doch noch überzeugt hätten, daß die alten revolutionären Grundätze der U. S. P. auch in der neuen Partei genügend vertreten sein würden.

Liebnecht verlas eine Erklärung, in der gesagt wird, daß die Verschmelzung die Preisgabe der Interessen des Proletariats bedeute und die Mitglieder auffordert, der fortsetzenden Unabhängigen Partei die Treue zu halten.

Es wird also in Zukunft zwischen der großen U. S. P. D., der Vereinigten Sozialistischen Partei und den Kommunisten ein kleines Häuflein Unabhängiger unter Ledebours und Liebnechts Führung fortbestehen.

### Ende des U. S. P. D.-Parteitages.

Augsburg, 23. Sept. Der sozialdemokratische Parteitag hat nach einer vom Vorsitzenden Wels vorlesenen Zusammenfassung die Abstimmung folgenden Antrags Barth abgelehnt: Der Parteitag möge beschließen, daß die Partei mit der Deutschen Volkspartei eine Regierungskoalition nicht eingeht.

Bei der Vorstandswahl wurden fast einstimmig Hermann Müller und Wels zu Parteivorständen gewählt. In die Kontrollkommission wurde u. a. Reichstagspräsident Pöhl gewählt. — Nach einem Schlußwort von Wels wurde der Parteitag geschlossen.

### Die gemeinsame Tagung.

Nürnberg, 24. Sept. Die Kiekenhalle des Hercules-Theaters, in dem die aus Augsburg und Gera zusammengetretenen Vertreter der beiden sozialistischen Parteien die auf den Sonderparteitagen beschlossene Einigung der Sozialdemokratie bekräftigen wollen, war schon lange vor Beginn der Sitzung von Arbeitern umdrängt, die sich einen Platz sichern wollten.

### Auf Vorschlag des Alterspräsidenten

Pfannkuch wurden Wels (bisher U. S. P. D.) und Dittmann (U. S. P. D.) einstimmig zu Parteivorständen gewählt. Als Referenten des Parteitages wurden Hermann Müller und Arthur Crispian bestimmt. Hermann Müller, der bisherige Vorsitzende der U. S. P. D., bejahte die Frage, ob die Einigung von Dauer sein werde. Crispian, der bisherige Vorsitzende der Unabhängigen, betonte besonders die Bedeutung der Einigung der deutschen Sozialdemokratie für die Vereinigung der Sozialdemokraten aller Länder. Die allgemeine internationale Sozialdemokratie werde in allen Ländern eine Macht darstellen, die letzten Endes auch die vom kapitalistischen Imperialismus diktierten Friedensverträge befechten und die Völker zusammenführen werde zu einem wahren Völkerbunde und zu einem wahren Völkerfrieden. Wels brachte hierauf das von den beiden Parteien vereinbarte Aktionsprogramm zur Abstimmung, das einstimmig Annahme erlangte, und teilte mit, daß Karl Kauffmann zum Vorsitzenden der Kommission zur Ausarbeitung des neuen Parteiprogramms bestimmt worden ist.

Einstimmig wurden auch die von den beiden Parteien getroffenen organisatorischen Vereinbarungen angenommen. Ebenso fanden die Vorschläge für die Besetzung des Parteivorstandes und der übrigen Partei-Instanzen die Billigung des Parteitages. Zu Parteivorständen wurden einstimmig gewählt Hermann Müller, Crispian und Wels.

Wels bekräftigte dann die vielen aus den europäischen Ländern und aus Amerika erschienenen Vertreter der sozialistischen Parteien. In ihrem Namen sprach, lebhaft begrüßt, M. M. O. (England). Er feierte die Einigung der deutschen Sozialdemokratie als einen Erfolg für den internationalen Sozialismus. Bei seinem Aufenthalt im besetzten Rheinland habe sich seine Ueberszeugung verfestigt, daß diesen Zuständen ein Ende gemacht werden müsse. Morel, der ebenfalls die Einigung mit großer Freude begrüßte, führte aus, der schreckliche Krieg sei von den Kapitalisten der ganzen Welt entfesselt worden. Leider erleichterte die Spaltung der französischen Arbeiterkräfte den französischen Militaristen ihr Handwerk.

In seinem Schlußwort wies Wels nochmals auf die historische Bedeutung des Einigungsbeschlusses von Nürnberg hin. In dem hürchen Winter, der uns bevorstehe, warne die Sozialdemokratie die Arbeiter davor, sich von kommunistischen Führern zu unüberlegten Taten hinreißen zu lassen.